

September 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Marokko

 **KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**

Parlamentswahlen in Marokko: PAM deutlich vor RNI und Istiqlal

Steven Höfner, Matthias Schede

Am 23. September 2026 wählte Marokko das Repräsentantenhaus und legte damit die parteipolitische Grundlage der nächsten Regierung fest. Zur Wahl standen 395 Sitze, ca. 15,8 Millionen Menschen waren für die Wahl registriert, von denen 38 Prozent an der Wahl teilnahmen. Aus der Wahl ging erstmals die PAM als stärkste Kraft hervor, die bisherigen Koalitionspartner RNI und Istiqlal haben das Nachsehen. Die politische Bedeutung des Urnengangs reicht jedoch über die Sitzverteilung hinaus. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob sich die beschleunigte wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung der vergangenen Jahre auch in den Lebensrealitäten jener Bevölkerungsteile niederschlägt, die bislang nur begrenzt von ihr profitieren. Für die neue Regierung sind die Erwartungen somit hoch.

Die Verfassung von 2011 definiert Marokko als konstitutionelle, demokratische, parlamentarische und soziale Monarchie. Nach Artikel 47 ernennt der König den Regierungschef aus der Partei, die bei der Wahl die meisten Sitze im Repräsentantenhaus errungen hat. Seit 2021 führte RNI die Regierung an in einer Koalition mit PAM und Istiqlal.

PAM hat RNI nun deutlich als stärkste Kraft abgelöst (97 zu 66 Sitzen), obwohl beide Parteien weiterhin für einen ähnlichen grundlegenden Modernisierungs- und Investitionskurs stehen. Der Machtwechsel zwischen den beiden Parteien ist daher weniger als Entscheidung zwischen grundsätzlich gegensätzlichen Entwicklungsmodellen zu verstehen, sondern stärker als Verschiebung innerhalb eines politischen Rahmens, in dem strategische Ziele der staatlichen Entwicklung weitgehend gesetzt sind.

Das Verhältnis zwischen Königshaus, Regierung und Parteien ist für diese Einordnung entscheidend. Die Parteien konkurrieren grundsätzlich nicht um unterschiedliche Vorstellungen darüber, wohin sich das Land entwickeln soll. Ein erheblicher Teil des Wettbewerbs betrifft vielmehr die Frage, wie die strategischen Ziele, die der Palast für die wirtschaftliche

und gesellschaftliche Entwicklung des Landes vorgibt, politisch umgesetzt werden. Daraus entsteht eine spezifische Verantwortungslogik: Werden große Modernisierungsprojekte erfolgreich implementiert und wirtschaftliche Verbesserungen sichtbar, kann die Monarchie die Erfolge für sich beanspruchen. Bleiben Versprechen aus oder führen Projekte zu sozialen und wirtschaftlichen Belastungen, fällt die politische Verantwortung stärker auf Regierung und Parteien zurück. Die Wahl ist damit eine Entscheidung darüber, welcher politischen Kraft die Umsetzung des vom Königshaus vorgegebenen Modernisierungskurses anvertraut wird.

Wahlkampf: Hart in der Sache, zahm in den Themen

Die Ausgangslage vor den Wahlen war durch einen deutlichen Gegensatz geprägt. Marokko verzeichnete 2025 ein reales Wirtschaftswachstum von 4,9 Prozent, für 2026 wurden rund 4,4 Prozent erwartet. Gleichzeitig bleibt insbesondere die Arbeitslosigkeit eine strukturelle Schwachstelle. Für die 15- bis 24-jährigen gilt dies umso mehr, lag deren Arbeitslosenquote 2025 bei 37,3 Prozent. Wirtschaftliches Wachstum wird deshalb zunehmend daran gemessen, ob daraus konkrete Chancen für die Bevölkerung

entstehen. Inwiefern die Lebensrealität der Menschen verbessert werden kann, bildete die wesentliche Debatte im Wahlkampf.

Außen-, Sicherheits- oder Religionspolitik spielte im Wahlkampf hingegen keine Rolle. Die dafür zuständigen Ministerien gelten als „souveräne Ministerien“ und werden unabhängig vom Wahlausgang vom König besetzt. So haben auch die Migrationspolitik und die Ereignisse von Ceuta Ende Juli keinen bemerkenswerten Einfluss auf den Wahlkampf genommen. Im Kern ging es, wenn überhaupt, um die sozialen Schwierigkeiten, die insbesondere junge Personen vor eine ungewisse Zukunft stellen. Das Zutrauen der Erstwähler in die politischen Parteien ist allerdings gering. Lediglich 4 Prozent der registrierten Wahlbevölkerung war zwischen 18 und 24 Jahren alt.

Doch auch über diese Altersgruppe hinaus zeigt die Wahlbeteiligung von 38 Prozent (2021: 50 Prozent, bei allerdings gleichzeitigen Regional- und Kommunalwahlen; 2016: 43 Prozent Wahlbeteiligung) eine vorhandene Müdigkeit mit dem Parteiensystem. Die 38 Prozent beziehen sich lediglich auf die für die Wahlen registrierte Bevölkerung. So waren 56 Prozent der Wahlberechtigten vor den Wahlen registriert. Auf die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung umgerechnet liegt die Wahlbeteiligung somit bei 21 Prozent.

PAM ganz vorne: Faouzi Lekjaa der neue Regierungschef?

Die Wahl hat insbesondere das Verhältnis zwischen der sozialliberalen PAM und der wirtschaftsliberalen RNI verändert. RNI war seit 2021 die stärkste Partei der Regierungskoalition und hatte seine politische Bilanz vor allem über die Verbindung von Wirtschaftspolitik und Investitionen verteidigt. PAM versuchte sich im Wahlkampf dagegen stärker als eigenständiges Gegengewicht innerhalb der Koalition zu profilieren. Die Angriffe der PAM waren vor allem auf RNI und deren Führungspersonlichkeiten gerichtet. Persönliche Angriffe fielen trotz jahrelanger Zusammenarbeit ungewöhnlich hart aus. Die PAM versuchte damit den Spagat: Als

Bestandteil einer wirtschaftlich erfolgreichen Regierung, wobei sozialpolitische Fortschritte an den Koalitionspartnern gescheitert sein sollen. Das Wahlergebnis von **97 Sitzen** (plus 10 Sitze im Vergleich zu 2021) und damit der eindeutige Sieg scheint nun ein Auftrag zu sein, die wirtschaftliche Kontinuität fortzusetzen, sozialpolitisch jedoch neue Akzente zu setzen.

Sinnbildlich für diese Neujustierung steht Faouzi Lekjaa. Der Präsident des marokkanischen Fußballverbands war in der abgelaufenen Legislaturperiode Haushaltsminister. Die Modernisierung der Strukturen des marokkanischen Fußballs und dessen Erfolge werden zu großen Teilen mit ihm verknüpft. Sein Bekanntheitsgrad überstieg die Präsenz aller anderen Spitzenpolitiker, einschließlich der PAM-Vorsitzenden Fatima Ezzahra El Mansouri. Erst im Sommer ist der bis dahin parteilose Technokrat der PAM beigetreten. Zwar kandidierte er nicht für einen Parlamentssitz, doch er war die Leitfigur der PAM-Kampagne. Über Parteigrenzen hinweg wurde ihm eine gute Haushaltsführung attestiert. Ein Großteil der Wähler scheint ihm nun zuzutrauen, auch eine Regierung anführen zu können. Für die Wahl zum Regierungschef ist ein Parlamentsmandat nicht notwendig. Sollte Faouzi Lekjaa eine Regierungsmehrheit zusammenbekommen, dürfte er im Oktober zum neuen Premierminister ernannt werden.

RNI in der Findungsphase: Opposition als Option?

Die Angriffe der PAM auf RNI lassen eine normale und konstruktive Zusammenarbeit mit dem aktuellen Personal kaum für möglich erscheinen. Zwar sind sich die Parteien ideologisch sehr nahe, persönliche Differenzen erschweren nun jedoch die Koalitionsbildung. Der Einbruch auf nur noch **66 Sitze** (minus 36 Sitze) im Parlament ist ein herber Schlag für die Partei, die mitten in einem Umbruch steckt. Premierminister Aziz Akhannouch hatte eine erneute Kandidatur abgelehnt und zu Jahresbeginn den Vorsitz der Partei an Mohamed Chaouki abgetreten – bis dahin Fraktionsvorsitzender, jedoch mit geringem Bekanntheitsgrad. Für ihn und RNI galt es

nun, eine neue Ära nach Akhannouch einzuleiten, doch ohne den finanzstarken Manager schienen die Aussichten getrübt. Ein deutlicher Verlust gegenüber dem sehr erfolgreichen Ergebnis von 2021 (102 Sitze) schien bereits früh eingepreist. So versucht sich die Partei an einem Generationenwechsel und hat während der Listenaufstellungen teils hochrangige oder ältere Kandidaten zugunsten jüngerer Kandidaten fallengelassen. Unter den Voraussetzungen kann der zweite Platz durchaus als Achtungserfolg gesehen werden. Dazu beigetragen hat allerdings auch eine stark verankerte Wählerbasis in den ländlichen Räumen, die traditionell der RNI zugeneigt ist. Die Mehrzahl der Parlamentssitze wird in diesen Regionen vergeben.

Nach fünf Jahren Koalition zwischen RNI und PAM ist eine Fortsetzung der Zusammenarbeit keineswegs gesichert. Die heftigen gegenseitigen Angriffe im Wahlkampf belasten das Verhältnis. Doch RNI könnte auch unabhängig davon versuchen, als größte Oppositionspartei, die Erneuerung voranzutreiben. Der Blick geht bereits zu den Wahlen 2031. Mit ihren 66 Sitzen könnte sie ein sichtbares Gegengewicht zur neuen Regierung bilden. Ein Umstand, von dem die Partei bereits bei den Regional- und Kommunalwahlen 2027 profitieren könnte.

Istiqlal enttäuscht, doch weiter in der Regierung?

Die konservative Istiqlal hat gegenüber PAM an politischem Gewicht verloren. Noch ein Jahr vor der Wahl wurde die Partei vielfach als aussichtsreiche Kraft betrachtet; im Wahlkampf blieb ihr Auftritt jedoch zurückhaltend. Es gelang ihr nur begrenzt, sich innerhalb der bisherigen Regierungskoalition mit einem eigenständigen Profil zu positionieren. Im Zweikampf zwischen PAM und RNI schien sie jedoch unscheinbar. Dass sie am Ende mit **65 Sitzen** (minus 16 Sitze) lediglich einen Sitz hinter RNI liegt, erlaubt eher eine Aussage über den geschwächten RNI. Der Parteivorsitzende Nizar Baraka wird sich innerparteilichen Fragen stellen müssen. In den letzten Jahren gab es mehrfach kritische Stimmen ihm gegenüber, zuletzt haben sich

einige einflussreiche Familien von Istiqlal abgewendet. Für die stolze Partei, die einen historischen Führungsanspruch in sich trägt, ist der dritte Platz eine Enttäuschung. Eine zügige Regierungsbeteiligung und der Zugriff auf einige Ministerposten könnten zumindest kurzfristig die Reihen schließen. Sollte insbesondere RNI nicht in die Koalition eintreten, wird von Istiqlal eine staatstragende Rolle der Stabilisierung erwartet.

PJD erholt sich in der Opposition, aber ohne Führungsanspruch

Früh am Wahlabend deklarierte die islamisch-konservative PJD einen deutlichen Vorsprung in den Großstädten. Damit sollte bereits frühzeitig die Deutungshoheit gewonnen werden: Sie ist der größte Gewinner der Wahl mit nun **54 Sitzen** (plus 41 Sitze). Die PJD, zwischen 2011 und 2016 führend in der Regierung, stürzte bei den Wahlen 2021 auf die hinteren Plätze ab. Eine Erholung des PJD unter dem langjährigen Vorsitzenden Abdelilah Benkirane wurde von vielen erwartet. Die PJD profilierte sich, trotz ihrer geringen Fraktionsgröße, als laute Oppositionspartei, die nicht nur die sozialen Fragen in den Mittelpunkt stellte, sondern auch eine andere Einstellung zur Normalisierung mit Israel forderte. Damit drang die Partei in außenpolitische Diskussionen vor, die in Marokko eigentlich nicht für Parteien vorgesehen sind. Die Mobilisierung der PJD führte sie nun auf den vierten Platz. Mehr war angesichts des seit 2021 vorhandenen marokkanischen Wahlsystems nicht zu erwarten. Parteien mit starker Wählerbasis in den urbanen Räumen, wie PJD oder linke Parteien, können aufgrund der Wahlarithmetik (registriertes Wählerverzeichnis als Berechnungsgrundlage, nicht die tatsächlich abgegebenen Stimmen) keinen Vorsprung herausarbeiten. Die entscheidenden Unterschiede in der Sitzverteilung des Parlaments erfolgen im ländlichen Raum, wo die drei großen Parteien PAM, RNI und Istiqlal ihre tief verwurzelten Vorteile ausspielen können.

Eine Regierungsbeteiligung der PJD erscheint aufgrund ihrer starken Oppositionshaltung zu den Parteien auf den ersten Plätzen unwahrscheinlich. Zwar wird

immer wieder eine Regierung der Einheit als mögliches Signal für die WM-Regierung genannt. Doch könnte die Beteiligung der PJD an der Regierung internationale Investoren, besonders aus Europa und den USA, abschrecken. Die politische Mitte wird daher versuchen, eine Mehrheit ohne PJD zu kreieren. So wäre PJD zwar gestärkt, aber weiterhin in der Opposition. Die Rolle des Oppositionsführers könnte ihr zudem auch verwehrt werden, wenn RNI in die Opposition wechselt. Damit kann PJD zwar einen Aufschwung verzeichnen, bleibt aber weit weg von politischer Einflussnahme.

Von MP über USFP zu UC – wer geht in die Regierung?

Setzt sich die bisherige Dreierkoalition nicht fort, können sich einige kleinere Parteien eine Regierungsbeteiligung ausrechnen. Geht PAM lediglich mit RNI oder Istiqlal zusammen, werden rechnerisch noch zwei weitere Partner benötigt. Die sozialdemokratische USFP mit **26 Sitzen** (minus 8 Sitze) könnte einen klareren sozialpolitischen Fokus in die Regierung bringen und damit aufzeigen, dass einige soziale Themen aus dem Wahlkampf nun stärker berücksichtigt werden. Sie hat allerdings in Reihen der Opposition die größten Verluste eingefahren und wird sich daher internen Spannungen stellen müssen. Daher kommen auch die beiden liberalen Parteien MP und UC als Koalitionspartner in Frage. Beide stehen der PAM programmatisch nahe und haben ihre Ergebnisse aus der letzten Wahl bestätigt. Die MP kommt auf **29 Sitze** (plus 1 Sitz) und die UC auf **17 Sitze** (minus 1 Sitz).

Die linke PPS konnte vor allem bei einem urbanen und jungen Milieu punkten. Sie wird sich aber kaum auf eine stark marktwirtschaftlich orientierte Regierung einlassen. Zudem hat sie mit **19 Sitzen** (minus 3 Sitze) leichte Verluste hinnehmen müssen. Darüber hinaus haben weitere sechs Parteien zwischen acht Sitzen und einem Sitz erringen können. Das pluralistische Parteiensystem erweitert sich damit erneut. Diese kleinen Parteien verorten sich vorrangig am linken Rand und werden mit der Regierungsbildung nichts zu tun haben.

Bei allen Konstellationen wird es keine langen Sondierungs- oder Koalitionsgespräche geben. Koalitionsverträge sind in Marokko nicht üblich und der Palast möchte schnell eine handlungsfähige Regierung beauftragen. Bis spätestens Ende Oktober wird die Regierungsbildung abgeschlossen sein. Traditionell eröffnet König Mohammed VI. das neue Parlament Mitte Oktober mit einer vielbeachteten Rede zu den Prioritäten des Landes. Dies ist normalerweise auch der Zeitpunkt für die Vorstellung der neuen Regierung.

Die Weltmeisterschaft 2030 als Erwartungshorizont der neuen Regierung

Kaum ein Projekt bündelt die unterschiedlichen Erwartungen an die kommende Legislaturperiode so stark wie die Fußball-Weltmeisterschaft 2030. Mit der gemeinsamen Ausrichtung mit Spanien und Portugal verbindet Marokko außenpolitische, wirtschaftliche und innenpolitische Ziele. Das Turnier soll die internationale Sichtbarkeit des Landes stärken und Marokko als Brücke zwischen Afrika und Europa sowie als Investitions- und Tourismusstandort positionieren. Gleichzeitig beschleunigt es eine bereits laufende Modernisierungsagenda mit Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Stadien, Tourismus, Digitalisierung und Energieversorgung.

Für die neue Regierung ist die WM vor allem deshalb relevant, weil sie einen langfristigen Erwartungshorizont schafft. Die reguläre Amtszeit des neuen Parlaments reicht bis 2031, sodass die entscheidende Vorbereitungs- und Investitionsphase des Turniers in die Verantwortung der kommenden Regierung fällt. Diese wird über Finanzierung, Vergaben und Baufortschritte ebenso entscheiden müssen wie über die Frage, wie wirtschaftliche Chancen breiter verteilt werden können.

Die WM verbindet damit die zentralen sozialen Fragen des Wahlkampfs. Für junge Menschen geht es um die Frage, ob aus den Investitionen reguläre und dauerhafte Beschäftigung entsteht. Für Frauen stellt sich die Frage, ob neue Arbeitsplätze ihre

weiterhin niedrige Erwerbsbeteiligung erhöhen können. Für Regionen außerhalb der großen urbanen Zentren ist entscheidend, ob Infrastrukturinvestitionen und öffentliche Dienstleistungen über die Austragungsorte hinaus Wirkung entfalten.

Die politische Verantwortung für diese Entwicklung liegt nach der Wahl nun stärker bei der künftigen Regierung. Das gilt insbesondere für PAM, die als stärkste Kraft aus dem Urnengang hervorgegangen ist und

künftig den Regierungschef stellen wird. Sollte dieser Faouzi Lekjaa heißen, wird mehr denn je der Fußball zur einenden Kraft des Landes erhoben werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Steven Höfner
Leiter Auslandsbüro Marokko
<https://www.kas.de/de/web/marokko/>
steven.hoefner@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)